

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

Preis: 3 Mark jährlich, auch Monatlich. — Bezugspreis: 3 Mark monatlich. — Einzelhefte 10 Pf. Durch die Post bezogen 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M., durch die Post bezogen 5.50 M., vierteljährlich 16.50 M., ohne Beleggeld. Einzelnummer 10 Pf.

Amtesliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Nikolastr. 11. Herausg. Nr. 1015, 1016, 1017. — Anzeigenpreis: In Wiesbaden und Provinz Nassau 20 Pf., in der Provinz 10 Pf., außerhalb 30 Pf., in der Provinz 1.50 M. Seitenpreise n. Rabatt laut Tarif. Sonderbeilagen 5 M. pro 1000.

Nummer 40

Freitag, 24. Januar 1919.

73. Jahrgang.

An die Frauen Wiesbadens.

Von einer deutschen Frau wird uns geschrieben:
Deutsch sein heißt: Das Vaterland an erste Stelle setzen. Darum handelt es sich um die Zukunft des Vaterlandes. Nur wenige Tage trennen uns von dem 26. Januar, der über Deutschlands Zukunft entscheiden soll. Bedenkt, es gilt das Schicksal jedes jeden von Euch. Die Zukunft Eurer Kinder liegt in Eurer Hände gelegt. Erfahrt Ihr dieses Wortes Bedeutung? Seid Ihr Euch bewußt, welche Verantwortung Ihr tragt? Dann bekennet Euch in letzter Stunde noch zur Deutschen Volkspartei! Wie an Eure Männer vor 4 Jahren der Ruf erging, für das Vaterland einzutreten, so ergeht er heute an Euch. Damals waren die Grenzen des Vaterlandes in Gefahr, heute haben wir den Feind im Lande selbst. Den schlimmsten Feind, der uns entstehen konnte: die Sozialdemokratie.

Der Krieg hat die schwersten Opfer an Gut und Blut von Euch gefordert, nun aber nimmt die Sozialdemokratie Euch noch das Vaterland und die heilighen Ideale der Nation in der Familie. Sie fordert die Trennung von Kirche und Staat.

Wollt Ihr in Zukunft ohne kirchlichen Segen die Ehe eingehen? Wollt Ihr, daß Eure Kinder ohne die erzieherische Religionskunde in der Schule heranwachsen? Ein Staat ohne Kirche ist wie ein Haus ohne Fundament. Ruhe und Ordnung gebären zusammen.

Die Sozialdemokratie aber reißt alle heilige Ordnung nieder; wohin das führt, seht Ihr in Berlin und in allen Städten, in denen diese unfeligen Parteien die Oberhand gewonnen haben.

Die Sozialdemokratie zertrümmert in unberechtigter Verblendung alle Erfolge, die das deutsche Volk in unermüdlicher Arbeit für die Nation errungen hat.

Die Sozialdemokratie vergeudet Millionen Nationalvermögen, die unsere Väter in ehrlichem Fleiß erworben haben.

Denn werft Euch mit aller Macht dieser Riesenwelle entgegen, die sich verberbernd, vernichtend über unser Vaterland dahervollst. Noch ist nicht alles verloren. Noch haben wir unverwundbare Quellen, die wieder heilen können. Deshalb bekennet Euch zu der Partei, die mit offenem Bistier die Schäden der Zeit bekämpft und eucht der Deutschen Volkspartei Eure Stimme.

Nur Euerem Gewissen allein seid Ihr Rechenschaft schuldig, welcher Partei Ihr Eure Stimme gebt. Laßt Euch nicht betören, wenn die Verführer an Euch herantreten, Euch goldene Berge versprechen und Unabhängigkeit, ohne Euch aufzuklären, welche kostbaren Güter Ihr einbüßt gegen fesselnde Freiheit. Wenn Ihr erst den wahren Zusammenhang der Dinge erfahren habt, wird es wie Schuppen von Euren Augen fallen, daß man Euch Wahngelüste vorgesetzt und betrogen hat. Nicht der Sozialdemokratie ist auf der Welt die Macht gegeben, dem Volke zu Ruhe, Frieden und Wohlstand zu verhelfen, sondern die Macht ist in jeden einzelnen vernünftigen Menschen gelegt, der für Ordnung, Disziplin und Pflichterfüllung eintritt.

Darum, Ihr Frauen, laßt Euch nicht verwirren durch schmeicheleiche Reden, nicht abhalten durch falsche Darstellungen — es gibt für Euch nur eine Partei, für deren Bestehen — Ihr stimmten müßt. Die deutsche Frau wählt die Liste Gebetskreis-Kalle.

Verhinderung der Wahlen.

Die Wahl zur deutschen Nationalversammlung wurde in der Stadt Dinslaken in 34 von 39 Bezirken, im Lande in der Stadt Dinslaken in sämtlichen vier Bezirken, in der Bürgermeisterei Dinslaken in sämtlichen vier Bezirken und in den Bezirken Brühlhausen und Bünne, in insgesamt 48 Wahlbezirken, gewaltsam gestört, so daß die Wahlausübung nicht stattfinden und ein Wahlergebnis nicht festgestellt werden konnte. Im ganzen kommen in den ausgefallenen Wahlbezirken 58 bis 60 000 Wahlberechtigte in Frage.

Warum erst der 6. Februar?

Der „R. V.“ wird geschrieben: Warum abermalige Verschiebung der Nationalversammlung durch Berlin? Wenn Stuttgart und Karlsruhe die Landesparlamenten binnen 3 bis 4 Tagen einberufen könnten, warum kann das Berlin erst in 17 Tagen! Der 6. Februar ist viel zu spät! Soll der dritte Waffenhilfsstand wiederum verstreichen, ehe eine verhandlungsfähige Regierung den Präliminarfrieden unterzeichnet kann? Soll das verarmende Deutschland abermals 70 bis 80 Millionen für eine vierte Verlängerung bezahlen? Die bürgerlichen Parteien müssen unbedingt darauf drängen, daß die Nationalversammlung längstens auf den 11. Januar einberufen wird.

Das endgültige Wahlergebnis zur Nationalversammlung.

188 Sozialisten, 156 verbundene Bürgerliche und Parteiloze, 77 Demokraten.

Das endgültige Ergebnis der Wahlen zur Nationalversammlung stellt sich nach den nichtamtlichen Meldungen wie folgt: Die in den 37 Wahlkreisen gewählten 421 Abgeordneten verteilen sich auf die einzelnen Parteien folgendermaßen:

Mehrheitssozialisten	164
Zentrum	88
Deutsche demokratische Partei	77
Deutschnationale	34
Unabhängige	24
Deutsche Volkspartei	23
Parteilose	11

Die elf Parteilosen setzen sich zusammen aus vier Vertretern, einem Vertreter der Bauern- und Landarbeiter-Demokratie, vier bayerischen Bauernbündlern und zwei Vertretern der württembergischen Bauern- und Bürgerpartei. Danach könnte, die elf Parteilosen eingerechnet, eine bürgerliche Mehrheit von 45 Stimmen bestehen, da die Demokraten eingerechnet, den 233 Bürgerlichen 188 Sozialisten gegenüberstehen werden. Wenn aber die Demokraten den Verrat am Bürgertum durch die von ihrer führenden Presse („Frankfurter Zeitung“ und „Berliner Tageblatt“) geforderte Mehrheitsbildung mit den Sozialdemokraten (188+77=265 sozialdemokratische Mehrheit gegen 156 Bürgerliche) begehen, dann sieht die deutsche Zukunft trübe aus.

„Die Probe aufs Exempel“.

Unter dieser Überschrift sucht Herr Dr. M. in der Abendausgabe des „Wiesb. Tagbl.“ vom 23. Jan. an dem amtlichen Wahlergebnis der Wahl in Wiesbaden nachzuweisen, daß eine Verbindung der bürgerlichen Listen ohne Einfluß auf das Wahlergebnis gewesen sei. Herr Dr. M. nimmt an, daß 5 Mandate zu vergeben gewesen seien, und in diesem Falle hätte eine Verbindung der bürgerlichen Listen wirklich das Ergebnis nicht geändert. Es würden dann die bürgerlichen Parteien 4 und die Sozialisten 1 Mandat erhalten. Warum aber ist Herr Dr. M. so freigiebig und gibt der Stadt Wiesbaden gleich 5 Vertreter? Sollen wir doch einmal bescheldener und begnügen uns mit zweien. In diesem Falle erhalten die Sozialdemokraten bei unverbundenen Listen 1 Mandat, bei Listenverbindung der bürgerlichen Parteien aber keine. Oder nehmen wir an, Wiesbaden hat nicht 5, sondern 6 Abgeordnete zu wählen, so erhalten bei unverbundenen Listen die Sozialisten 2, bei Verbindung aller bürgerlichen Parteien aber nur 1 Mandat. In diesem Falle hätten die Sozialdemokraten ein Mandat allein der demokratischen Partei zu verdanken, welche die Listenverbindung ablehnte. Verrat am Bürgertum wäre also nachgewiesen.

In Nr. 36 der „Wiesbadener Zeitung“ ist an der Hand des amtlichen Wahlergebnisses der Stadt Wiesbaden bereits nachgewiesen, daß die demokratische Partei durch die Ablehnung der Listenverbindung ein Mandat den Sozialdemokraten in die Hände gespielt hat, und zwar — ihr eigenes.

Die dänischen Ansprüche auf Schleswig.

Nach einem Berliner Telegramm der „Berlingske Tidende“ hat der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Graf Brockdorff-Rantzau, eine Abordnung des Provinzialrats von Schleswig-Holstein empfangen. Graf Brockdorff hat versprochen, mit aller notwendigen Energie über die deutschen Interessen zu wachen.

In Kopenhagen und in allen Provinzen Dänemarks haben am letzten Mittwoch Versammlungen stattgefunden, zu dem Zwecke, die Ansprüche des dänischen Volkes auf die Wiederherstellung des früheren Zustandes der Gegend von Flensburg, d. h. über die Zurückgabe an Dänemark festzustellen. Und zwar in Widerspruch zu dem Gesichtspunkte der dänischen Regierung. Die Versammlungen haben Entschlüsse gefaßt, die an die Friedenskonferenz gelangt werden sollen.

Gedenktag für Roosevelt.

Am New-York, 15. Jan. (Verpätet.) Der frühere Sprecher der Kammer, Cannon, wird einer Gedächtnisfeierlichkeit für Theodor Roosevelt präsidieren, die am 9. Februar stattfinden und der beide Häuser bewohnen werden. Der Gouverneur des Staates New-York, proklamiert den 9. Februar als Gedächtnis-Feiertag für den früheren Präsidenten.

Bromberg von den Polen eingenommen?

Te. Bern, 21. Jan.
Aus Warschau wird telegraphisch gemeldet: Die polnischen Heere haben Bromberg erreicht. Die Kampflinie läuft augenblicklich durch Bromberg und Hohenalaa. Ein erbitterter Kampf entwickelt sich bei Lissa. Der Erfolg ist auf unserer (polnischen) Seite. Die Polen haben die Deutschen bei Kobyla-Gora geschlagen und sowohl Gefangene gemacht wie Maschinengewehre erbeutet.
General Dompur Ruswidi hat das Oberkommando an der Posener Front übernommen.

Ministerpräsident Paderewski.

WTB, Posen, 21. Jan.
In einem Exposé des neuen Ministerpräsidenten Paderewski wird, wie der „Kurier Poznański“ aus Warschau berichtet, erklärt, daß die bisherige Regierung aus Gründen idealer Natur zurückgetreten sei. Die neuverordnete Regierung habe keinen Parteifarakter. Die erste Aufgabe der neuen Regierung werde die Durchführung der Wahlen und die Einberufung des Landtages sein, in dem der gesamte Wille der Nation zum Ausdruck komme. Der Landtag wird am 9. Febr. einberufen. Vor allen Dingen werde die Regierung die Verteidigung der Grenzen, die Fürsorge für die Soldaten und die durch den Krieg geschädigte Bevölkerung, die Beschaffung von Lebensmitteln, die Wiederinbetriebnahme der Fabriken sowie eine gesunde Finanzwirtschaft im Auge haben. Um alle diese Arbeiten ausführen zu können, sei es notwendig, daß das Verhältnis der polnischen Republik zu den reichlichen Entente-Mächten durch eine Rundschreibung geklärt werde, indem sie die polnische Republik als deren Bundesgenossen ansehen.

Monarchistische Bewegung in Portugal.

Te. Madrid, 21. Jan.
Nach Depeschen, die an die spanische Regierung berichtet waren, hat sich in Oporto eine monarchistische Regierung in folgender Zusammensetzung gebildet: Präsidium: Kapitän Palma Conceiro, Inneres: Salari, Justiz und Unterricht: Graf Barro. Auswärtiges: Magalhães Lima, Verkehr und öffentliche Arbeiten: Silva Ramos. Arbeitsministerium: Graf Agrebo, Krieg: der derzeitige Präsident des Ministerrats in Lissabon Tamaquint Barboza. — Die telegraphischen und telephonischen Verbindungen zwischen Oporto und Lissabon sind abgeschnitten.

Dem Renner der portugiesischen Verhältnisse muß die Liste wenig zuverlässig erscheinen. Sowohl Magalhães Lima wie Tamaquint Barboza, der hier Präsident des Ministerrats in Lissabon genannt war, in Wirklichkeit aber Kommandeur der republikanischen Garde in Lissabon ist, sind bisher Säulen der Demokratie gewesen. Es will uns wenig glaubhaft erscheinen, daß diese beiden ins monarchistische Lager übergeschwenkt seien.

Te. Lissabon, 21. Jan.
Der Ministerrat hat energische Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung im ganzen Lande getroffen. Die Kriegsschiffe „Guadiana“ und „Vasco da Gama“, die sich bei den Inseln aufhielten, sind zurückgerufen worden. Es ist ferner der Befehl gegeben worden, den Kreuzer „Pedro Nunes“ bereitzustellen. Diese Schiffe werden nach dem Norden des Landes gehen, wo das Kanonenboot „Almopo“ sich bereits befindet. Zahlreiche Truppen werden entsandt, um Oporto zu blockieren und die monarchistische Bewegung niederzuwerfen. In Lissabon soll ebenso wie in Oporto Dom Manuel zum König ausgerufen worden sein.

Die portugiesische Regierung teilte den Vertretern der Presse in Lissabon mit, daß der Vertreter des früheren Königs Manuel ihr erklärt habe, Dom Manuel mißbillige den Anschlag und habe in einem Telegramm kundgegeben, daß er irgend welchen Kundgebungen gegen die derzeitige Regierung zugunsten der Wiederherstellung der Monarchie widerstrebe.

Te. Lissabon, 21. Jan. (Gavas.) Der Belagerungszustand ist über das ganze Land verhängt worden.

Massenverhaftungen in Berlin.

Der „Vorwärts“ teilt mit: Seit dem 11. Januar sind im ganzen rund 1200 Personen durch Aufhebung der spürakistischer Befehungen und Einzelverhaftungen in Berlin festgenommen worden. Ungefähr die Hälfte ist wieder entlassen worden. Es herrscht eine scharfe Stimmung gegen Diebstahl, der im Verein mit linksstehenden Unabhängigen das wahnsinnige Unternehmungen begann. Nadel soll wieder in Berlin aufgetaucht hat bereits versucht, die Verbindung mit den a

versprengten Führern der Spartakusbewegung wieder aufzunehmen.

Haftbefehl gegen Dorenbach.

Das „Berl. Tagebl.“ meldet: Gegen den früheren Führer der Volksmarine-Division Dorenbach ist ein Haftbefehl erlassen worden. Gegen Dorenbach, der sich gegenwärtig in Johannisthal aufhalten soll, ist ein riesiges Anlagematerial zusammengebracht worden. Wie jetzt feststeht, ist es Dorenbach allein gewesen, der im Auftrage Diebstahls und Mosa-Luzenburgs die Vorgänge am 23. und 24. Des. inszenierte, um den Sturz der Regierung herbeizuführen. Man fand eine umfangreiche Korrespondenz zwischen Dorenbach und den beiden verstorbenen Spartakusführern auf. Vorsichtigerweise verkehrten Diebstahls und Mosa-Luzenburg nur schriftlich mit Dorenbach, indem sie ihm einen Schlüssel in den Briefen bedienten. Der Kattorienaufstand im Dezember ist von Dorenbach mit Hilfe eines gefälschten Dokuments künstlich erzeugt worden. Dorenbach hat die Unterschriften glatt gefälscht, um die Kattorien gegen Wels aufzureizen. Als ihm der Boden unter den Füßen zu weich wurde, hat er auch aus der Divisionskasse Geldbeiträge herausgenommen und ist verschwunden.

Der Elektrizitätsarbeiterstreik in Berlin.

Die Folgen des Elektrizitätsarbeiterstreiks machen sich in Berlin in immer bedauerlicher Weise bemerkbar. Das Geschäftsleben ist fast völlig lahmgelegt. Die Straßenbahnen stehen weiter still. Ein Teil der Zeitungen, die auf elektrische Kraft angewiesen sind, kann nicht erscheinen. Der Telefonverkehr ist auf verschiedenen Nummern unterbrochen und die öffentlichen Kassen und die Postanstalten müssen vorzeitig schließen. Auch in der Lebensmittelversorgung machen sich bereits die größten Schwierigkeiten bemerkbar. Berlin liegt im Dunkel.

Immer noch Streik in Oberschlesien.

Die Erwartung, daß im Laufe des 22. Januar die Arbeit auf den ober-schlesischen Steinkohlengruben wieder aufgenommen werden würde, hat sich leider nicht erfüllt. Nach den vorliegenden Meldungen wird auf 44 von insgesamt 65 ober-schlesischen Gruben gestreikt. Der Kohlenverkauf ist nur äußerst gering, nämlich 1945 Wagen anstatt normal circa 12000.

Spartakus in Düsseldorf.

WTB. Düsseldorf, 21. Jan.

Bürgermeister Dr. Dehler, der vornehmlich auf der Königsallee mit seiner Gemahlin verhaftet und nach dem Volkshaus, dem Hauptquartier des Volksanwaltschafts gebracht worden war, ist gestern auf Befehl des Volksanwaltschafts nach außerhalb gebracht worden.

Die Zahl der Opfer der letzten Unruhen in Düsseldorf hat sich auf dreizehn Tote und über fünfundsiebenzig Verletzte erhöht. Unumschränkter Herrscher in Düsseldorf ist der Volksanwaltschaft des Arbeiterrats, der im Ständebund tagt und sich aus unabhängigen und Spartakisten zusammensetzt. Sie haben über Düsseldorf das Standrecht verhängt. Die bürgerlichen Zeitungen haben sie auf acht Tage verboten, sodas Düsseldorf, außer zwei kleinen sozialistischen Organen, ohne Zeitungen ist. Ferner haben sie durch ihre Dolmetscher das demokratische und das Zentrumsbüro vollständig zerstört lassen. Der unabhängige Karl Schmidts hat sich anstelle des Oberbürgermeisters zum Oberhaupt der Stadt erklärt und leitet mit einigen Beigeordneten die Geschäfte der Stadt.

Die Gefahren der Erwerbslosenfürsorge.

Ein neuer Erlass der Reichsregierung zur Erwerbslosenfürsorge sagt: Die Verpflichtung des Erwerbslosen, eine Arbeit anzunehmen, die ihm nach seinen körperlichen, geistigen und sonstigen Fähigkeiten zugeteilt werden kann und für die ein angemessener, ordnungsgemäßer Lohn gewährt wird, muß durchgesetzt werden. Die bislang bestehende Freiheit der Gemeinden bei Bestimmung der Unterhaltungsätze muß eingeschränkt werden, weil diese Sätze verhältnismäßig eine Höhe erreicht haben, die nicht mehr zu rechtfertigen ist und die Erwerbslosen von der Arbeit zurückhält.

In einer Sitzung des Rates der Volksbeauftragten am Dienstag, an der auch General Gröner teilnahm, wurden übereinstimmend die gegenwärtigen Verhältnisse auf wirtschaftlichem Gebiete als unumgänglich bezeichnet und eine radikale Änderung der Vorbedingungen des wirtschaftlichen Ausbaues gewünscht. In den Städten häufen sich die Arbeitslosen, während auf dem Lande und in den Bergwerken die Arbeitskräfte fehlen und die Produktion durch Mangel an Arbeitskräften immer weiter zurückgeht. Es sind deshalb Maßnahmen ergriffen worden, um wenigstens einen Teil der Arbeitslosen in den Großstädten in das Industriegebiet und namentlich in die Kohlenreviere und Bandwirtschaf zu überführen. Die Arbeitsvermittlung, die bis jetzt vom Demobilisierungsamt betrieben worden ist, wurde als völlig unzureichend bezeichnet.

Verkehrsfortschritte.

Die Verhandlungen zwischen dem Frankfurter Verkehrsverein und dem hiesigen Verkehrsamt Frankfurt a. M. über Einrichtung von Personenzugfahrten im Kraftwagen zwischen Frankfurt und seinen Nachbarstädten sind dahin zum Abschluß gekommen, daß zunächst vom 22. d. Mts. ab ein regelmäßiger Kraftwagenverkehr von Frankfurt a. M. nach Darmstadt und zurück aufgenommen wird. Vorläufig wird täglich außer Sonntags ab 9.30 Uhr früh Bahnpostzug 9 vom Verkehrsverein aus ein Personenauto nach Darmstadt fahren. Der Wagen hat in Darmstadt Anschluß an den D-Zug 156 ab Darmstadt 12.57 Uhr nach Mannheim, Karlsruhe, Leopoldshöhe. Das Personenauto verläßt Darmstadt um 1 Uhr nachmittags am dortigen Hauptbahnhof. Von der nächsten Woche an erfährt der Verkehr durch Einstellung weiterer Personenzüge eine wesentliche Verbesserung insofern, als täglich drei Touren hin und zurück gefahren werden. Bei weiterer Hebung des Verkehrs stehen gummibereifte Autos mit Sitzgelegenheit zur Verfügung. Durch die neue Auto-Verbindung erfährt der Verkehr mit Süddeutschland eine erhebliche Verbesserung, da die Wagen regelmäßig Anschluß an wichtige durchgehende D-Züge haben werden. Die neue Verkehrsgelegenheit dürfte in weiten Kreisen lebhaftem Interesse begegnen, da durch die angekündigte, fast völlige Einstellung des Zugverkehrs eine sichere Verbindung mit unserer Nachbarstadt Darmstadt und darüber hinaus gewährleistet wird.

gehen. Dadurch gewann er einen Preis von 25 000 Frcs., der für den ersten Sieger ausgelegt war, dem es gelang, auf dieser 14 Meter breiten Terrasse zu landen. Der Apparat Wendrines mißt 12 Meter. Wendrine erklärte, er bereite einen Flug um die Welt vor.

Kurze politische Nachrichten.

Kandidaten der Deutschen Demokratischen Partei für die preussische Landesversammlung.

Pfarrer a. D. D. Nade, Universitätsprofessor, Marburg (Kahn); Kaufmann Ehlers, Frankfurt (Main); Lehrer Kimpel, Kassel; Gattwitz Goll, Frankfurt (Main); Justizrat Dr. Hellbrunn, Frankfurt (Main); Oberbaurat Dr. König, Kassel; Schulvorsteherin a. D. Dr. v. Koenner, Kassel; Landwirt Hirth, Niederreifen b. Ditz (Kahn); Handelskammer-Syndikus Dr. Trumpler, Frankfurt (Main); Oberbürgermeister Bild, Hanau; Landrat Böttling, Limburg (Kahn); Mechaniker Jüngst, Herborn; Eisenbahnverkehrsführer Barth, Frankfurt (Main); Privatnachsichtl. Verl. Gadesmann, Frankfurt (Main); Pfarrer Mauer, Heßfeld (Tannus); Rechtsanwalt Dr. Kussbaum, Hanau; Landwirt Klingelhöfer, Aumühle b. Wetter; Syndikus Dr. Wendlandt, Berlin-Friedenau; Seminaroberlehrer Walter, Schlachten; Topographische Kasse, Kassel; Landwirt Weik, Mademühle (Dillkreis); Eisenbahnsyndikus Rühm, Fulda.

Die Kandidaten des Zentrums für die preussische Landesversammlung.

Jean Albert Schwara, Mittelschullehrer, Frankfurt a. M.; Andreas Niehl, Amtsgerichtsrat, Fulda; Heinrich Berkenrath, Redakteur, Limburg a. d. L.; Conrad August Drinnenburg, Rechnungsrat, Fulda; Oskar Bentzen, Rechtsanwalt, Montabaur; Hermann Joseph Weil, Maurermeister, Oberlahnstein; Dr. Otto Brindichs, Kreisbauinspektor, Höchst a. M.; Johann Weimar, Ausläufer, Hanau; Carl Sunkel, Metzgermeister, Fulda; Georg Koppel, Landwirt, Lindenholzhausen; Georg Gothardt, Volksvereinssekretär, Frankfurt a. M.; Peter Schmitt, Lehrer, Fulda; Leopold Kuppel, Amtsrichter, Gumbach; Dr. med. Kaspar Müller, Arzt, Kassel (Wehrwald); Frau Helene Dux, Fulda; Ludwig Ungeheuer, Rechtsanwalt, Frankfurt a. M.; Emil Albert, Pfarrer, Fulda; Alons Bild, Pfarrer, Niederfleen; Wilhelm Bürgermeister und Landwirt, Vödingen (Oberwehlerwald); Wilhelm Rühlung, Landwirt, Poppenhausen (Nöh); Adam Dill, Lokomotivführer, Limburg a. d. L.; Domjan Deurich, Landwirt, Rommels, Kreis Fulda.

Wahlversammlung der Deutschnationalen Volkspartei.

Auch die zweite Wahlversammlung der Ortsgruppe Wiesbaden der Deutschnationalen Volkspartei, die auf den 22. Januar in die „Barthstraße“ einberufen worden war und unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsrats Freiherrn v. Stein stand, zeigte durch ihren regen Besuch, daß die Gedanken der Partei in der Stadt Wiesbaden weiten Anklang finden. Nach kurzen Begrüßungsworten, in denen besonders der Mitteilhaber der Partei geschlossen beigetretenen Christlichsozialen Vereins gedacht wurde, ging der Vorsitzende zunächst auf den Ausgang der Wahlen zur Nationalversammlung ein. Der Erfolg habe der Partei recht gegeben. Man habe zwar durch die späte Inangriffnahme jenseitiger Werberarbeit viele Stimmen, vielleicht auch manche Herzen verloren, aber der Verlust wäre noch größer, möglicherweise jede Weiterarbeit ausbleibend geworden, wenn die Partei nicht an ihrer eigenen Schicksale bekannt hätte. Man habe wenigstens 1800 Stimmen im Bezirk Wiesbaden auf die Liste der Deutschnationalen Volkspartei vereinigt, und vielleicht wäre diese Zahl für den Gesamtwahlkreis ausschlagend gewesen. Die Gesamtsitzen der Wahlarbeit, die meistens unentgeltlich geschehen sei, seien gering und völlig durch freiwillige Spenden gedeckt worden, sodas die Kasse der Ortsgruppe gar nicht angegriffen zu werden brauchte. Für die am kommenden Sonntag stattfindende Wahl zur preussischen Nationalversammlung, an der sich alle Deutschen, die am 12. bereits gewählt haben, ausnahmslos beteiligen können, auch wenn sie nicht preussische Staatsangehörige sind, gelte es, neue Kräfte zu leisten. In Hessen-Raffau sind 22 Abgeordnete zu wählen. Die Liste der Deutschnationalen (die wir schon mitgeteilt haben) zeigt, daß die Partei in Wirklichkeit eine Partei des Mittelstandes und der Arbeiter sei. Um umfassender aufzuklären, werden an den nächsten drei Tagen nachmittags von 4 bis 5 Uhr im „Gambins (Marktstr. 20) Parteimitglieder Auskunft erteilen und Stimmzettel abgeben. Die Errichtung eines eigenen Parteibüros wird in die Wege geleitet. Weitere Versammlungen werden vorläufig nicht stattfinden können, dafür soll im stillen durch Kleinarbeit gewonnen werden, namentlich in den Kreisen des Mittelstandes und der christlichen Arbeiter und Arbeiterinnen. Wenn alle Bürgerlichen ihre Pflicht tun, dann wird weder die deutsche noch die preussische Nationalversammlung eine sozialistische Mehrheit haben. Die Sozialisten haben im November Frieden, Freiheit und Brot versprochen. Und was haben wir erhalten? Genau das Gegenteil! Der Redner schloß mit folgenden Worten: „Wir hoffen, daß die deutsche Nationalversammlung eine starke Reaktion bringen wird. Die Deutschnationale Volkspartei wird, wie ja in ihren Richtlinien festgelegt ist, unter jeder durch die Nationalversammlung geschaffenen Staatsform für das Wohl des Vaterlandes mitarbeiten, die uns Ruhe, Recht, Ordnung und wahre Freiheit und damit auch den Frieden, Arbeit und Brot gibt. Wir verlangen damit, wie bereits der Landtagsabgeordnete v. Kardorff in der Gründungsversammlung unserer Partei am 10. Dezember in Berlin gesagt hat, nicht das monarchische Prinzip. Wir stellen das Prinzip über die Person und werden nie vergessen, was Deutschland und die Einzelstaaten ihren Dynastien verdanken. Wir denken nicht, wie es die äußerste Linke getan hat, an Gegenrevolution und Bürgerkrieg, neben aber nicht die Hoffnung auf, daß später einmal die Mehrheit des Volkes auf Grund friedlicher Wahlen der demokratischen Verfassung Deutschlands wiederum eine monarchische Spitze geben wird.“ — In der anschließenden Aussprache sprach als Vertreter des Christlichsozialen Vereins Vizepräsident Melwits seinen Gefühlsgegnossen Dank für die warme Begrüßung, während Referendar Hnd ausführlicher auf die Parteirichtlinien einging; es bleibe der alte Ruf: „Mit Gott für Kaiser und Reich, für deutsche Art, für deutsche Arbeit in Stadt und Land“. Ein Vertreter der Deutschnationalen Handelskassenverbände sprach die Hoffnung aus, eine enge Zusammenarbeit des Verbandes mit der Partei aus. Auf die Frage einer Dame, worin sich die Deutschnationale Volkspartei von der Deutschen Volkspartei unterscheide, erklärte der Vorsitzende, daß die Richtlinien beider Parteien zunächst fast die gleichen seien. Unterschiede werde erst die Zukunft erkennen lassen. Es sei jedoch festzustellen: die Deutschnationale Volkspartei habe sich offen für den monarchischen Gedanken ausgesprochen, während sich die Deutsche Volkspartei bei ihrer Gründung reiflos zur Republik bekannt habe. Nach verschiedenen Anregungen für die Weiterarbeit schritt die Versammlung zur Wahl

weiterer Vorstandsmitglieder. Der Vorstand besteht nach aus Amtsgerichtsrat Freiherrn v. Stein, 1. Vorsitzender, Professor Nade, stellvertretender Vorsitzender, Oberbaurat Dr. König, Schriftführer, Volkseisenbahnrat Dr. Hnd, Schriftführer, und den Beisitzern Referendar Dr. Hnd, Privatgelehrter Dr. Ulrich, Monteur Jakob Dr. Hnd, und Oberleutnant Zwenger. Zur Leiterin des Frauenausschusses wurde die Gewerbelehrerin Frau Erna Giesner gewählt. Die Besetzung der weiteren Ausschüsse, namentlich des Arbeitsausschusses, wurde dem Vorstand überlassen.

Das Wirtschaftsjahr 1918.

II. (Rückblick.)

In dem „Zeitspiegel“ überschriebenen Eingelände des Morgenblattes vom 28. Dez. der „N. Z.“ meint der Verfasser (ein wenig doctinär) durch den Lach der heutigen Lage und sogenannten Kultur sei ein zu allgemeines Hervortreten des Hauptcharakterzuges des Menschen, des Egoismus, in den Hintergrund zu gewisser Latenz gekommen. Wir möchten demgegenüber behaupten, der Egoismus hat im Vordergrund in die traurige Erscheinung getreten. Egoismus vieler Menschen hat mit die größte Schuld an den Ereignissen im November 1918. Ein gesunder Egoismus gehört wohl zum unentbehrlichen Nützigen des Staates, für den in Kriegszeit führenden Wirtschaftspolitik mußte aber gerade das Gegenteil, der Altruismus, die seltsame Eingabe, die bessere Richtung sein. Dies ist als der großen Erfahrungen aus den Jahren 1914/18 erkennbar. Etwas weniger Egoismus, dafür mehr altruistischer Eintrag, und es wäre vielleicht in einiger Hinsicht anders gekommen. Der Rückblick auf das Wirtschaftsjahr 1918 kann nur auf die wenig erfreuliche Tatsache hinweisen, daß wir in diesem Zeitraum den größten Schleichhandel, die härtesten Beschränkungen im Punkt erreichbarer Nahrungsmittel, die höchsten Preise — und auf einigen Gebieten die höchsten Unternehmerrückgewinne erlebt haben. Immer neue Gesetze und Verfügungen wurden erlassen, immer noch neue Kriegsgesellschaften wurden gegründet, und auf der anderen Seite immer größere Vermehrungen der Kriegsgewinne für den Staat und der Allgemeinheit „abgerungen“. Millionen in Bilanzverfechten unterzubringen. So war die mit hoher Begeisterung begonnene Abwehrkrieg immer mehr zu einem Geschäft weiter Kreise ausgeartet, da der notwendigen Rücksichtnahme auf das Ganze und auf das Endergebnis entbehrend — in ihre Rechnung die Opferbereitschaft nicht mit einrechneten, vornehmlich nur an den Profit dachten und im übrigen eine Politik des „laissez faire, laissez aller“ befolgt haben. Selbst staatliche Organisationen der Ernährungswirtschaft haben sich nicht von diesen belagerten Taus und goldenen Kalb ferngehalten. Wo war während dieser Ausbreitungen der Warner, allen jenen kurzschäftigen Stützen der Gesellschaft die Kunst öffnete über die zu befürchtenden Folgen ihrer Schlußfolgerungen? Bis in die kleinsten Nischen der großen Wirtschaftsmaschine erstreckte sich das irrtümliche Verbot einer Ideenmacher. Wir haben in unserem engeren Bezirk ein schreckendes Beispiel erlebt, das die Fehler der landwirtschaftlichen Beilage unseres Blattes noch in Erinnerung bleiben werden. Aus dem Wehrwald kam ein Eingelände, das die Härten der Schatzfindungsverordnungen; es wurde angedeutet, daß der ganze Zweck der erlassenen Bestimmungen, nämlich Hebung der Frucht und die schnellste gemündete Steigerung der Volkproduktion, auf dem behördlich vorgeschriebenen Wege nicht zu erreichen sei; weil der Anbau zur Aufzucht sich infolge der, die Mühe nicht lohnenden Beschränkungen für die Schatzhalter verflüchtigen müsse. Die Herren am armen Tisch ließen aber derartige, nur zu rechtigte Einwände nicht gelten — für sie blieb die Durchführung der Verordnung die Hauptsache; ob daraus ein Vermehrung der Produktion entspringe oder ob die Wehrwälder Bauern auf die Zümmung, alle Wölfe abzulinden und kein Äquivalent zu erhalten, mit Ablehnung erwiderten, das war jenen Prinzipienreitern gleichgültig. ... So hier im kleinen Ausschnitt, so stellt sich auch das Bild der Wirtschaft im Großen während des Krieges überwiegen als eine Betonung des Grundgesetzes, vorteilhaft abzuschließen, der. Die Ereignisse haben gezeigt, daß alle vermeintlich errungenen Vorteile Irrungen gleichsam, die heute die Gesamtheit zu büßen hat. Wohl unterbreiten auch einzelne erfreuliche Vorkommnisse das Dunkel dieser Befestungen, und hier und da ist das Wert, das Zweige der Kriegswirtschaft von einem wahrhaft gemeinnützigen Zue durchdrungen. Der Rückblick auf das Ganze kann aber in diesen Ausnahmen nicht Halt machen; eine Wertung in hellen Flecken muß einer späteren Zeit vorbehalten bleiben, beim Jahresabschluss, ist nur eines erkennbar: der Defizit, die Unterbilanz, kein zahlenmäßiges Ergebnis, weil es sich hier doch nur um ein Bild im ideellen Sinn handelt, aber trotzdem ein Abschlus von fruchtbarer Trag. Dem beschränkten Kreise der Kriegsgewinner und ihren Hintergeheimen steht das erschütternde Minus gegenüber, unter dessen Last die Gesamtheit Ende 1918 unendlich gelitten hat. Reichen physischer und seelischer Art. Unter Landwirtschaft hat im Kriege höchstes geleistet und vor dem Hungertod geschützt; unsere Wissenschaft hat den Abwehrkämpfe zum Trotz für die Herstellung vieler Notwendigkeiten gesorgt; unsere Industrie vervollständigte ihr Können, um gleichen Schritt zu halten gegen die Produktion einer Welt von Feinden; und unsere Mannervnen haben sich glorreich dem Juna zur venetianischen Lebensweise angepasst — alles umsonst! Wie die Tapferkeit der Opfermut und die Erfolge unserer Truppen! Der Rückblick kann nur grau in grau anklingen, aber auf Grund der zum Schluß aufgezählten, noch unerschütterten Aktive soll in einem folgenden Aufsatz ein hellerer Rückblick versucht werden.

A. G. L.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 24. Januar.

Starke Einschränkung des Personenverkehrs.

Das wirtschaftliche Demobilisierungsamt teilt mit: Die Erleichterung der Abförderung des Heeres müssen die Einschränkungen im Personenverkehr erheblich verschärft werden. Selbst bei glaubhaftem Nachweis der Notwendigkeit einer Reise werden im Zivilpersonenverkehr Fahrkarten nur in den allerdringenden Fällen ausgeben werden. Auch der Berufs- und Arbeiterverkehr wird nicht in der bisher gewohnten Weise berücksichtigt werden können. Die beteiligten Kreise werden sich damit abfinden müssen, daß der vorübergehende nur in notwendiger Weise bedient wird. Die Eisenbahndirektionen sind vom preussischen Minister der öffentlichen Arbeiten angewiesen worden, sofort, sobald irgend möglich wegzulassen zu lassen. Diefem Vorachen haben sich die anderen deutschen Eisenbahnverwaltungen angeschlossen.

* 1. Verh. Nr. 3 der „Wiesbadener Zeitung“.

Dem Flieger Wendrine gelang es, auf der Höhe der Galt-Is-Gebirge niederkommen.

geschaffen. Inwieweit dieser Beschränkung ist, durch den Wegfall von Personenzügen Lokomotiven in genügender Zahl zur ungehinderten Aufrechterhaltung der Lebensmittel- und Kohlenversorgung des Landes freizumachen.

Am 23. Januar sind abermals weitere empfindliche Einschränkungen im Personen- und Schnellzugverkehr eingetreten. Es wird im ganzen Deutschen Reich kaum noch ein Duzend Schnellzüge verkehren. Der Grund dieser schweren Maßnahme ist in erster Linie die unaufhaltbare Abgabe leistungsfähiger Lokomotiven. Außerdem erhöht sich die Zahl der schadhaften Lokomotiven infolge geringerer Arbeitsleistungen der Werkstätten stetig. Die Menge betriebsfähiger Lokomotiven und Wagen nimmt von Tag zu Tag in erschreckender Weise ab. Eine Besserung der wirtschaftlichen Lage ist nur möglich, wenn die Arbeiterkraft in den Reparaturwerkstätten die Wiederherstellung der schadhaften Lokomotiven mit allen Mitteln betreibt.

Schwurgericht. In diesem Jahre finden drei Schwurgerichtssitzungen statt und zwar am 17. März, 23. Juni und 20. Oktober.

Ausgabe von Pässen. Die von Einwohnern, vorübergehend Anwesenden, usw. bis zum 18. d. Mts. beantragten Pässe müssen bis zum 25. d. Mts. in Zimmer 43/45 des ehemaligen Museums abgeholt werden, da Samstag, den 25. d. Mts., die Ausgabe geschlossen wird.

Wichtig für die Wahl. Wir werden gebeten, noch einmal darauf hinzuweisen, daß die Wähler ihren Wahlzettel nicht, aber auch rein gar nichts hinzufügen, daß sie weder mit Blei noch mit Tinte irgend etwas darauf schreiben, noch dem ihnen im Wahlbüro überreichten Umschlag etwas anderes beifügen, oder daß sie gar den Umschlag beschreiben. Es ist nämlich mehrfach vorgekommen, daß der Wähler bezw. die Wählerin die von ihrer Partei zugelandete Postkarte beigelegt hatten. Andere hatten auch den Umschlag mit ihrem Namen bezw. mit der Bezeichnung ihrer Partei versehen. Alle diese Stimmen waren natürlich unschlüssig und zählten nicht mit.

Die Wahlen zur preussischen Landesversammlung. Die Wähler des 34., 35. und 37. Stimmbezirks werden darauf aufmerksam gemacht, daß zur Erleichterung der Wahlhandlung einige Änderungen bezüglich des Wahllokals getroffen worden sind. Wir verweisen auf die entsprechende Bekanntmachung des Magistrats im Anzeigenteil.

Kurhaus, Theater, Vorträge, Vereine, usw.

Kais. Landestheater. Infolge Erkrankung der Frau Müller-Meisel gelangt am Samstag, den 25. d. Mts. statt der angekündigten Vorstellung „Dreimäderlhaus“ Verdis „Trovatore“ im Abonnement V zur Aufführung (Anfang 6 Uhr).

Kais. Landestheater. Die Intendantin hat Julius Pittners zweifelhafte Oper „Der Russtent“ erworben und wird das Werk im März herausbringen. Die Uraufführung fand vor neun Jahren in der Wiener Hofoper statt. In Wiesbaden wurde bisher noch keine Oper des eigenartigen Kompositors und Dichters aufgeführt.

Residenz-Theater. Am Montag wird nach längerer Pause Richard Vengels interessante Komödie „Die Tänzerin“ wiedermal gegeben. Die beiden letzten Aufführungen des beliebten Weihnachtsmärchens „Blondelchen“ finden Samstag den 25. und Mittwoch, 29., nachm. 2.30 Uhr zu halben Preisen statt. In Vorbereitung ist Sadermanns bekannte Komödie „Der gute Ruf“, die vom Verfasser einer neuen Bearbeitung unterzogen wurde und in dieser in Berlin einen großen nachhaltigen Erfolg erzielt hat. — Die nächste Volksvorstellung zu kleinen Preisen findet Freitag, 31. statt und bringt das lustige Spiel „Der Bunderlöwe“ von Hans Sturm.

Aus den Vororten.

Bierstadt.

Lebensmittelversorgung. Um eine Besserung der hiesigen Lebensmittelversorgung herbeizuführen, ist eine Eingabe an den Herrn Administrator eingereicht worden.

Aus Nassau und Nachbargebieten.

h. Aus dem Rheingau, 24. Jan. Verkehrserleichterungen. Der kranke Kreisverwalter in Rüdesheim hat den Verkehr in den einzelnen Rheingauorten insofern erleichtert, als Inhaber von Reaktionskarten ohne besonderen Reiseausweis je in den nächsten von ihnen bewohnten Ort oder Stadt rheinab-, rheinad- oder wadwärts verkehren können.

Fe. Eltville, 24. Jan. Todesfall. Der bekannte hiesige Gastwirt Martin Schwarbaa ist nach kurzem Leiden im 54. Lebensjahr gestorben.

h. Deltich, 24. Jan. Betriebsunterbrechung. Die hiesige Chemische Fabrik Rudolf Kopp u. Co. hat geschlossen, von heute ab bis auf weiteres der technischen Betrieb vollständig einzustellen. Seitens der Fabrikleitung und Arbeiter hatten Differenzen bezüglich Lohn und Arbeitszeit stattgefunden.

h. Erbach, 24. Jan. Großfeuer. Heute Nacht um 2 Uhr brach auf dem zwischen hier und Eltville gelegenen großen Hofgut Dratz Großfeuer aus. Die gesamten Stallungen und geräumige Scheune sind gänzlich niedergebrannt. Ein Teil Vieh und Futtermittel fielen dem Feuer, das bis heute morgen noch nicht gelöscht werden konnte, zum Opfer. Der Schaden ist beträchtlich. Die umliegenden Feuerwehren haben sich sofort zur Rettungswerk gemacht.

*** Mainz, 24. Jan.** Suspendierte Zeitungen. Der „Mainzer Anzeiger“ und das „Mainzer Journal“ dürfen, wie sie ihren Lesern bekanntgeben, auf Anordnung der französischen Militärbehörde vom 27. Januar ab vierzehn Tage lang nicht erscheinen.

S. Ober-Jungelheim, 23. Jan. Tödlicher Unfall. Als die 15 Jahre alte Elsie Reimer ihrem Pflegevater beim Ausspannen des Wagens Hilfe leistete, wurde sie so unglücklich von der Deichsel des Wagens erfasst, daß sie schwere innere Verletzungen davontrug. Das Mädchen wurde noch am gleichen Tage nach dem Mainzer Krankenhaus gebracht, wo es einer Operation unterzogen werden mußte. Es war aber keine Hilfe mehr möglich, denn schon am nächsten Tage erlag es seinen schweren Verletzungen.

*** Groh-Gerau, 24. Jan.** Wegen Kohlenmangels hat die hiesige Zuderfabrik die Herstellung von Zuder einstellen müssen. Die noch vorhandenen Rüben werden zu Trogenschnitzeln verarbeitet.

Fe. Alzen, 24. Jan. Das Explosionsunglück in der Obbüsch Schufabrik dahier, von dem wir berichtet haben, hat als letztes Todesopfer von den bei dem Unfall anwesenden Personen den Maschinenfabrikanten Philipp Scherer gefordert. Die Schuld an dem Unglück soll hauptsächlich den Monteuren treffen, da dieser den Dampfmotor in aller Eile, vor seiner Abreise, besondere Vorkehrungen außer acht lassend, in Betrieb zu setzen suchte.

Fe. Borns, 24. Jan. Ungetreuer Beamter. Der Armensekretär Supper, der durch doppelte Besoldung sich häßliche Gelder angeeignet hatte, wurde in Haft genommen. Bis jetzt wurden 1200 Mark als veruntreut festgesetzt.

Gericht und Rechtspflege.

Ein Postpaketwahrer hand dieser Tage in der Person des Leitungs-Telegraphenaufsehers Johann B. aus St. Goarshausen vor der Strafkammer. In den Jahren 1915—1918 gehörte zu den Obliegenheiten des B. auch die Annahme von Paketen auf dem Postamt St. Goarshausen. Er hat während dieser Zeit, soweit festgestellt werden konnte, etwa 55 Pakete, die größtenteils für Seeresangehörige im Feld oder für Kriegsgefangene bestimmt waren, ihres Inhalts beraubt und diesen anderweitig veräußert, um Geld zu bekommen, das er wieder in Alkohol umsetzte. Wegen fortgesetzter Feldpostpaketverabungen wurde B. in eine Gefängnisstrafe von 10 Monaten genommen. Außerdem wurde ihm die Befähigung zur Befeldung öffentlicher Ämter auf die Dauer von drei Jahren abgesprochen.

Schriftleitung: Bernhard Großhans.

Verantwortlich für deutsche und ausländische Politik: B. Großhans; für Kunst, Wissenschaft, Unterhaltungs- und volkswirtschaftlichen Teil: B. G. Eilenberger; für Stadt- und Landnachrichten, Gericht und Sport: L. B. Hans Hünkel; für die Anzeigen: Joh. Bahler; sämtlich in Wiesbaden.

Druck u. Verlag der Wiesbadener Verlags-Anstalt G. m. b. H.

Flüssige Teerseife

vorrätig zum Kopfwaschen
Fl. 3.50 Mk.

**Damen-
Friseur Dette,**
Michelsberg 6.

(9723)

Uniformen,

Militärmanier u. verl. Daagener,
Mainzer Straße 68 zw. 1—3.

Sonnenberg. — Bekanntmachung.

Ausgabe von gelben Kohlraben.

Die Gemeinde Sonnenberg gibt am Samstag, den 25. d. Mts., vormittags von 8 bis 11 Uhr in der Lebensmittelhalle Wiesbadener Straße 24 gelbe Kohlraben aus und zwar an diejenigen Einwohner, welche am 21. d. Mts. keine abgeholt haben. Sonnenberg, den 22. Januar 1919.

Der Bürgermeister, J. B. Ehrlich, Beigeordneter. (9728)

Sonnenberg. — Bekanntmachung.

Ausgabe von mehlschmalzigen Nahrungsmitteln für Kranke am Samstag, den 25. Januar 1919 in der St. Hubertus-Kapelle in Sonnenberg. — Die Krankenausschüsse sind voranzusehen. Sonnenberg, den 22. Januar 1919.

Der Bürgermeister, J. B. Ehrlich, Beigeordneter. (9729)

Sonnenberg. — Bekanntmachung.

Ausgabe der neuen Seifenarten am Samstag, den 25. Jan. 1919 in der Lebensmittelhalle.

Zeit: Die gleiche wie die Verkaufsstunden für Fleisch.

Sonnenberg, den 22. Januar 1919.

Der Bürgermeister, J. B. Ehrlich, Beigeordneter. (9730)

Deutsche Frauen und Männer.

In ernstester Stunde werdet Ihr zur Entscheidung über die zukünftige innere Gestaltung Preußens aufgerufen.

Die Deutsche Volkspartei

wird auch in der

preussischen Landesversammlung

eintreten

für das hohe Ziel der Erhaltung und Stärkung unseres nationalen Selbstbewußtseins,
für Gleichberechtigung aller Staatsbürger auf sämtlichen Gebieten des öffentlichen Lebens,
für Erhaltung und Stärkung des städtischen und ländlichen Mittelstandes,
für Recht, Freiheit und Ordnung,
für Sicherung der hohen Kulturgüter unseres Volkes, der Kirche und Religion.

Wer mit uns arbeiten und unseren Bestrebungen zum Siege verhelfen will, der wähle am 26. Januar die Liste der Deutschen Volkspartei, die Liste:

Oberbürgermeister a. D. Eugen Gieseler, Hanau a. M.
Dr. Wilhelm Ferd. Kalle, Chemiker, Biebrich a. Rh.
Landwirt Georg Thielmann, Flacht (Unterlahnkreis).
Rektor Wilhelm Schwarzhaupt, Frankfurt a. M.
Fabrikant und Stadtvorsteher Herm. Gumbert, Wehrh.
Burm. Frau Prof. Naomi Joseph, geb. Gumbert, Marburg.
Stadtbaupraktiker Hans Waeser, Frankfurt a. M.
Rottenführer Theod. Schröder, Heddenhausen d. Limburg.
Uhrmacher Ernst Gerlach, Wehlar.
Kaufmann u. Stadtverordnetenvorsteher Aug. Weyel, Solger.
Schreiner Thella Jigen, Wiesbaden.

Bürgermeister Otto Gieseler, Weßungen.
Rektor Philipp Kern, Bad Nomburg v. d. R.
Amtsgerichtsrat Fischer, Binsfelden d. Hanau.
Bergmann Jacob Fink, Münster bei Weilburg.
Hauptlehrer Hermann Schröder, Nierenbrunne d. Ems.
Hauptlehrer H. Hofmann, Garbenheim, Kreis Wehlar.
Verwalter Gust. Giller, Staatsbahnwerkstätten Limburg.
Wilhelmine Brunsfeld, Geschäftsinhaberin, Kassel.
Landwirt Georg Christian, Unterliederbach.
Realschuldirektor Dr. R. Hentrich, Bielefeld.
Bankbeamter Gust. Vogel, Frankf. Viehmarktsbau, Frankfurt.

== An das preussische Volk! ==

Preußen ist wie das Deutsche Reich

und alle anderen Bundesstaaten durch den Volkswillen zum freien Staat geworden. Aufgabe der neuen preussischen Landesregierung ist, das alte, von Grund auf reaktionäre Preußen so rasch wie möglich in einen völlig demokratischen Bestandteil der einheitlichen Volksrepublik zu verwandeln.

Welche Regierung kann das?

Eine Regierung, die von einer sozialdemokratischen Mehrheit gestützt wird.

Die Sozialdemokratie tritt daher in diesen Tagen zum zweiten Male vor die Wähler und Wählerinnen mit dem Aufrufe zur Wahl.

Die Wahl zur preussischen Landesversammlung erfolgt genau wie die am letzten Sonntag erfolgte Wahl zur deutschen Nationalversammlung auf Grundlage des gleichen Wahlrechts für alle Männer und Frauen vom 20. Lebensjahre ab.

Von den zahlreichen Aufgaben, die sich die Sozialdemokratie in der neuen preussischen Landesversammlung gestellt hat, seien folgende hervorgehoben:

Demokratisierung aller Verwaltungskörperschaften. Beseitigung aller Gutsbezirke. Völlig gleiches Wahlrecht beider Geschlechter für alle Gemeindevertretungen in Stadt und Land. Entsprechende Umgestaltung der Kreis- und Provinzialvertretungskörper.

Raschster Ausbau und Entwicklung aller Verkehrsmittel, insbesondere der Eisenbahnen und Kanäle.

Hebung und Modernisierung von Industrie und Landwirtschaft.

Ausbau aller Bildungsinstitute, insbesondere der Volksschule.

Schaffung der Einheitschule. Befreiung der Schule von jeder kirchlichen Bevormundung.

Umgestaltung der Rechtspflege und des Strafvollzugs im Geiste der Demokratie und des Sozialismus.

Reform des gesamten Steuerwesens nach den Grundsätzen strengster sozialer Gerechtigkeit.

Durchführung der uneingeschränkten Koalitionsfreiheit für alle Staatsarbeiter und Beamten. Gründliche Reform der Besoldungs- und

Lohnverhältnisse der Arbeiter und Beamten einschließlich der Pensionäre und Altpensionäre, und bis zur endgültigen Regelung die Gewährung ansteigernder Teuerungszulagen.

Wählerinnen und Wähler! Preußen war bisher der rückständigste Staat in Gesetzgebung und Verwaltung. Das Junkertum Ostpreußens regierte rücksichtslos nach seinen eigenen Interessen und pfiff auf die Volkswohlfahrt. Denkt an den Polizeigeist in den Städten, an die Mißwirtschaft konservativer Landräte in den Landkreisen.

Die staatliche Umwälzung hat das alte Junkerregiment gestürzt und das Volk muß jetzt dafür sorgen, daß Willkürherrschaft in Preußen nie mehr einreißen kann. Das kann nur geschehen durch die Wahl von Sozialdemokraten.

Wer also will, daß in der preussischen Landesversammlung Volksinteressen vertreten werden, der wähle die Kandidaten der Sozialdemokratie, der wähle folgende Liste:

1. Eduard Gräf, Arbeitersekretär, Frankfurt a. M.
2. Richard Hauschild, Stadtverordneter, Cassel.
3. Eduard Schreiber, Goldarbeiter, Hanau.
4. Andreas Weber, Schmied, Griesheim.
5. Frau Lina Ege, Frankfurt a. M.
6. Albert Gryninski, Gewerkschaftssekretär, Cassel.
7. Otto Haese, Gewerkschaftssekretär, Wiesbaden.
8. Christof König, Lehrer, Frankfurt a. M.
9. Heinrich Wittich, Parteisekretär, Frankfurt a. M.
10. August Jordan, Rentant, Cassel.
11. Christian Wittrock, Privatsekretär, Cassel.
12. Arthur Kunde, Werkmeister, Schlüchtern.
13. Adam Krug, Kriegsinvalide, Biebrich.
14. Anton Walter, Angestellter, Ecken i. L.
15. Karl Köninger, Mechaniker, Wehlar.
16. Frau Marie Schmidt, Hanau.
17. Louis Quadt, Stadtverordneter, Wixhausen.
18. Romanus Göller, Kassenbeamter, Frankfurt a. M.
19. Jakob Meyer, Brauer, Oberweeren.
20. Georg Scheffler, Fabrikarbeiter, Biebrich.
21. Adam Otte, Schriftsetzer, Marburg.
22. Heinrich Oppermann, Landwirt, Ochsenhausen.

Die sozialdemokratische Partei für den Wahlkreis Wiesbaden-Biebrich-Rheingau-Untertaunus.

Bekanntmachung.

Nr. F. R. 800/11. 18. S. R. N.

Im Auftrage des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilisierung wird folgendes angedeutet:

Artikel I.

1. Die Bekanntmachung Nr. W. M. 312/10. 16. S. R. N. betr. Bestandserhebung von Patronen-(Sulfat-)Zellstoff, ganz oder teilweise aus Patronen-(Sulfat-)Zellstoff hergestelltem Papier, Solinapapier, Papiergearn, ferner von Arbeitsmaschinen, welche zur Herstellung, Bearbeitung und Verarbeitung von Solinapapier in Gebrauch sind, vom 20. November 1910.

2. Die Nachtragsbekanntmachung Nr. W. M. 100/7. 18. S. R. N. vom 13. Juli 1918, betreffend Bestandserhebung von Papier- und Garnabfällen zu der Bekanntmachung vom 20. Nov. 1910 Nr. W. M. 312/10. 16. S. R. N. betreffend Bestandserhebung von Patronen-(Sulfat-)Zellstoffen u. s. w.

3. Die Bekanntmachung Nr. W. M. 700/5. 17. S. R. N. betr. Höchstpreise für Solinapapier aller Art sowie für Papiergearn und Windfäden vom 10. Juli 1917.

4. Die Nachtragsbekanntmachung Nr. W. M. 1200/11. 17. S. R. N. vom 1. Febr. 1918 zu der Bekanntmachung vom 10. Juli 1917 Nr. W. M. 700/5. 17. S. R. N. betreffend Höchstpreise für Solinapapier aller Art sowie für Papiergearn und Windfäden.

5. Die Bekanntmachung Nr. W. M. 1/10. 17. S. R. N. betr. Beschlagnahme von Solinapapier, Papiergearn, Zellstoffgarn und Papierbindfäden sowie Weidewerkzeugen über Papiergarnherstellung vom 23. Oktober 1917.

6. Die Bekanntmachung Nr. W. M. 1600/11. 17. S. R. N. betr. Beschlagnahme von Papier zur Aufrechterhaltung geliebter Papierfäden (Solinapapier) vom 5. Januar 1918.

7. Die Bekanntmachung Nr. W. M. 1200/7. 18. S. R. N. betr. Höchstpreise für Solinapapier und Höchstpreise von Papier- und Garnabfällen vom 13. Juli 1918.

Artikel II.

Diese Bekanntmachung tritt am 5. Dezember 1918 in Kraft. Berlin, den 5. Dezember 1918.

Reichs-Rohstoff-Abteilung. Volkswirtschaftl. (144)

Bekanntmachung.

Nr. F. R. 790/12. 18. S. R. N.

Zu der Verordnung des Bundesrats über künstliche Düngemittel vom 3. August 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 909) wird folgendes angedeutet:

Artikel I. Die gewerbmäßige Herstellung von Mischungen

1. Schwefelsaurem Ammoniak mit Superphosphat.
2. Natrium-Ammonium-Sulfat mit Superphosphat.
3. Schwefelsaurem Ammoniak mit Superphosphat und Kali.
4. Natrium-Ammonium-Sulfat mit Superphosphat u. Kali wird mit der Maßgabe gestattet, daß die fertige Mischung mindestens 4 v. H. wasserlöslicher Phosphorsäure und höchstens 4 v. H. Kali (K₂O) enthält.

Artikel II. Die gewerbmäßige Herstellung dieser Mischungen ist nur denen gestattet, die sie schon vor dem 1. August 1914 gewerbmäßig hergestellt haben.

Artikel III. Der Preis für Mischungen berechnet sich nach dem Höchstpreis für Stickstoff und Phosphorsäure. Der Kalipreis darf 30 Pfg. für das kilo Kali (K₂O) nicht übersteigen. Als Mischlohn dürfen außer dem Höchstpreis 2.20 Mk. für 100 K₂O berechnet werden.

Artikel IV. Diese Bekanntmachung tritt am 21. Dez. in Kraft. Berlin, den 21. Dezember 1918.

Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisierung. (Demobilisationsamt.) Roeth. (143)

Umzüge

[9712]

sowie Fuhren aller Art per Federrolle und Kastenwagen, Transport von Kassenschränken, Flügel, Pianos, das An- und Abfahren von Kohlen, Coks, Holz u. s. w. besorgt unter Garantie bei billigster Berechnung

AUGUST REININGER

Wellritzstrasse 37

Telefon 6109.

Dampfwaschanstalt „Schwan“

Ernst Plümacher

Dohheim bei Wiesbaden

[1932]

Annahmestelle bei Frau A. Leichtweiß

Marienthaler Straße 5, parterre.

Annahme v. Stärke- u. Leibwäsche jeder Art

Wer Kriegs-Beschädigte

Kaufleute, Bürogehilfen und Arbeiter

aller Berufe benötigt, wende sich an die

Bermittlungsstelle für Kriegsbeschädigte

im Arbeitsamt, Dohheimer Straße 1.

Bekanntmachung der Reichsbefleidungsstelle über Erweiterung der Freiliste.

Auf Grund der Bundesratsverordnung über Befugnisse der Reichsbefleidungsstelle vom 22. März 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 257) wird folgendes bestimmt:

§ 1. In das Verzeichnis A (Freiliste) der Bekanntmachung der Reichsbefleidungsstelle über Änderung der Freiliste vom 13. Oktober 1917 (Reichsanzeiger Nr. 244) werden die nachstehend aufgeführten Gegenstände aufgenommen:

fertige Frauen- und Mädchenwintermäntel oder -umhänge, fertige Tisch-, Kommoden-, Flügel- oder ähnliche Decken, Villorobattill, Regierin, Schlangebau, Regenmantel und daraus hergestellte Gegenstände.

§ 2. Diese Verordnung tritt am 20. Dez. 1918 in Kraft. Berlin, den 17. Dezember 1918.

Reichsbefleidungsstelle. I. S. Dr. Temper.

Wird veröffentlicht.

Wiesbaden, den 23. Januar 1919.

Der Reichsrat. (1800)

Bekanntmachung

Zu den am 20. ds. Mts. stattfindenden Wahlen zur Verfassunggebenden preussischen Landesversammlung wird noch folgendes bekannt gegeben:

Im 8. Stimmbezirk tritt für den erkrankten Wahlvorsteher Herrn Landesbank-Oberbuchhalter Herrn Rechnungsrat Adolf Houtman, im 37. Stimmbezirk an Stelle des Wahlvorstehers Stellvertreter Herrn Kommerzienrat Wilmanns Herr Kurzausbaurevisor Wilhelm Rütbe.

Zur Erleichterung der Wahlabgabe sind unter Beibehaltung der Stimmbezirke die nachstehenden Änderungen getroffen worden:

Für den 34. Stimmbezirk ist das Wahllokal für Männer nach Zimmer Nr. 14 und für Frauen nach Zimmer Nr. 12 des 1. Stockes der Schule an der Stiftstraße, Eingang an der Franz Hofstraße, verlegt.

Im 35. Stimmbezirk wählen die Männer in Zimmer Nr. 18 und die Frauen Zimmer Nr. 19 der Schule am Schloßplatz.

Im 37. Stimmbezirk wählen die Männer in Zimmer Nr. 7 und die Frauen in Zimmer Nr. 5 im Erdgeschoss der Schule an der Stiftstraße, Eingang an der Wilhelmstrasse.

Um einer Ueberfüllung der Wahllokale vorzubeugen, werden die Wahlberechtigten gebeten, ihr Wahlrecht nach Möglichkeit nicht in den Stunden auszuüben, in denen nach den Erfahrungen der letzten Wahlen der größte Andrang herrscht, sondern die stilleren Stunden hierfür zu wählen. Aus demselben Grunde wird gebeten, nur so lange in dem Wahllokal und den dazu gehörigen Fluren und Treppen zu verweilen, als zur Stimmabgabe unbedingt erforderlich ist.

Kinder und sonstige Beiliegenden, soweit sie nicht zur Unterstützung kranker Wahlberechtigten benötigt werden, sind von den Wahllokalen und deren Zugängen fernzuhalten.

Die Stimmzettelteiler haben sich so aufzustellen, daß sie den Zu- und Abgang der Wahlberechtigten nach den Fluren und Treppen nicht hindern; den Anweisungen der zur Aufrechterhaltung der Ordnung bestimmten Personen ist unbedingt Folge zu leisten.

Wiesbaden, den 23. Januar 1919.

Der Magistrat. (9779)

Sonnenberg. — Bekanntmachung.

Ausgabe von Fleisch und Wurst bei den hiesigen Metzgermännern am Sonntag, den 25. Januar 1919 in nachstehender Reihenfolge:

Nummer	851 bis 1200	von 8 bis 9 Uhr	normmässig
1201	1550	9	10
1551	1656	10	11
1	200	10	11
201	500	11	12
501	851	12	1

Durch Ausschuss wird noch bekannt gegeben, welche Mengen für jede Person zum Verkauf kommen.

Sonnenberg, den 22. Januar 1919.

Der Bürgermeister. J. B. Christ, Beigeordneter. (9784)

Foyer-Restaurant

Nassauisches Landestheater

Vorbestellungen auf Speisen

zur Oper „Siegfried“ am 26. Januar

werden frühzeitig erbeten.

Telefon 319.

Chr. Klauer.